A2NEU6 Not my Hochschulgesetz

Antragsteller*innen:

Die schwarz-gelbe Landesregierung plant die Rechte der Studierenden massiv zu beschneiden. Sie will mehr Anwesenheitspflichten, verbindliche Studienverlaufspläne und die Einschränkung der studentischen Mitbestimmung in universitären Gremien ermöglichen. Im gleichen Zug lässt sie durch die geplante Abschaffung der Friedensklausel Kriegsforschung zu und schafft die Vertretung der studentischen Hilfskräfte (SHKs) ab. Wir kämpfen gegen das geplante Studierendengängelungsgesetz!
Darüber hinaus kämpfen wir gegen die angekündigten Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern. Diese Studiengebühren sind populistisch, ausländer*innen- und bildungsfeindlich. Bildung muss kostenfrei zugänglich sein.
Wir fordern mehr Mitbestimmung an der Uni und ein selbstbestimmtes Studium! Dazu setzen wir uns für die Digitalisierung der Lehre statt Anwesenheitspflichten und für mehr Wahlmöglichkeiten im Studienverlauf ein. Außerdem fordern wir eine echte Viertelparität im Senat der Universität sowie ein studentisches Prorektorat. Zusätzlich setzen wir uns für eine Abschaffung des Hochschulrates in seiner heutigen, undemokratischen und intransparenten Form ein.

Unsere Ziele:

- Digitalisierung der Lehre statt Anwesenheitspflichten

- Ein selbstbestimmteres Studium für alle Studierenden

- Kampf gegen ausländer*innenfeindliche Studiengebühren und das Studierendengängelungsgesetz

- Mehr Mitbestimmung: echte Viertelparität im Senat, ein studentisches Prorektorat